

Toleranzartikel?

Kampf gegen Minarett-Verbot nützt nur der SVP

BERN – Linksliberale Intellektuelle wollen das Minarett-Verbot mit einer Initiative wieder aus der Verfassung kippen. Doch haben sie überhaupt eine Chance?

Von Simon Hehli | Aktualisiert um 13:34 | 07.12.2009



Die SVP sagte nach dem klaren Ja zur Minarett-Initiative Danke. Jeden Versuch, den Volkswillen rückgängig zu machen, würde die Rechtspartei propagandistisch ausschlagen. (Keystone)

Die Gegner des Minarett-Verbots tun sich auch nach einer Woche noch schwer mit ihrer herben Niederlage vom 29. November. Schliesslich verstösst der neue Verfassungsartikel gegen die europäische Menschenrechts-Konvention. Diese schreibt vor, dass keine Religion diskriminiert werden darf. Christen können Kirchtürme bauen, Muslime aber keine Minarette: Für liberale Politiker ist das eine harte Nuss.



Lukas Reimann verlangt, dass die Minarett-Befürworter das Verdikt akzeptieren. (Karl-Heinz Hug)

Der Club Helvétique, ein Zusammenschluss von Schweizer Politikern und Intellektuellen wie Publizist Roger de Weck, SP-Nationalrat Hans Stöckli und Ex-Bundesrichter Giuseppe Nay, setzt dementsprechend alles daran, den Volksentscheid zu korrigieren.

Wie Club-Mitglied und Staatsrechts-Professor Daniel Thürer in einem Interview mit dem «Bund» erläutert, ist eine direkte Gegeninitiative kaum eine Option: Eine weitere Abstimmung zum Thema «Minarette Ja oder Nein» würde den Befürwortern nur den Vorwurf der Zwängerei einbringen, befürchtet Thürer – und könnte noch stärker zugunsten der SVP ausgehen.



Rechtsprofessor Daniel Thürer will die religiöse Toleranz in der Verfassung festschreiben. (ZVG)

Toleranz wäre Pflicht für alle Religionen

Stattdessen spielen Thürer und seine Mitstreiter mit dem Gedanken, einen allgemeinen Toleranzartikel in die Verfassung zu schreiben. Ein solcher würde das Minarett-Verbot ausser Kraft setzen, aber auch den fundamentalistischen Strömungen des Islams einen Riegel schieben: Denn jede Religion müsste gemäss dem Artikel anderen religiösen Auffassungen Respekt bezeugen.

«Möglicherweise könnten sich auch viele Befürworter der Initiative einem solchen neuen Toleranzartikel anschliessen», glaubt Thürer. Auch sein Club-Kollege Hans Stöckli will verhindern, dass die Schweizer Verfassung im Gegensatz zum Völkerrecht steht. «Vor allem möchte ich nicht, dass die europäischen Richter uns sagen müssen, was wir zu tun haben. Es ist doch besser, wenn wir unsere Angelegenheiten selbst regeln», sagt der Bieler Stadtpräsident gegenüber Blick.ch.

Gemäss dem «Tages-Anzeiger» wird der Club Helvétique bei einem Treffen am 19. Dezember entscheiden, ob er eine entsprechende Volksinitiative lancieren will.

SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der an vorderster Front für das Minarett-Verbot kämpfte, kann da «nur den Kopf schütteln»: Das Volk habe entschieden, am Resultat gebe es nichts zu deuteln, sagt der 27-Jährige gegenüber Blick.ch.

«Es wäre das gute Recht der Minarett-Befürworter, eine solche Regelung nach einigen Jahren aufs Parkett zu bringen, falls sich das Verbot in ihren Augen dann nicht bewährt hat. Aber doch nicht jetzt!», meint Reimann. Gross zu beunruhigen scheint ihn die Gegeninitiative dennoch nicht. «Sie wäre ein taktischer Fehler und würde nur die SVP weiter stärken», glaubt er.

Kommt die SVP so über 30 Prozent?

Politologe Andreas Ladner von der Uni Lausanne gibt Reimann in diesem Punkt recht: «Wer den Volkswillen in Frage stellt, macht sich unpopulär und spielt letztlich der SVP in die Hände.» Mehr als 57 Prozent der Stimmbürger nahmen das Minarett-Verbot an: «Wenn sie sich von der politischen Elite nicht ernst genommen fühlen, könnte ein grosser Teil bei den Wahlen 2011 aus Trotz SVP wählen – und diese könnte erstmals über 30 Prozent kommen»,

Lesen Sie auch

» **Minarette Neue Volksinitiative gegen das Verbot?**

» **Gaddafi: Jetzt droht er der Schweiz mit Al Kaida**

» **Nach dem Minarett-Verbot Eine Frage des Respekts**

» **Lukas Reimann Blochers Antenne**

prophezeit Ladner.

Grosse Chancen für einen Toleranzartikel sieht Ladner sowieso nicht: «Ein Gesinnungswandel bei einer Mehrheit der Bevölkerung scheint mir in den nächsten zwei, drei Jahren unwahrscheinlich», meint er.

Den Mitte- und Linksparteien sollten jetzt auch nicht so tun, als seien die Bürger bei der Minarett-Initiative einem Rattenfänger hinterher gelaufen, betont der Politologe. «Stattdessen müssen sie die Bedenken der Bevölkerung in der Ausländer-Thematik ernst nehmen und ihre eigenen Bemühungen zur Integration der Immigranten in den Vordergrund stellen», rät Ladner.

[Kommentar schreiben](#)

Bitte melden Sie sich an, um Ihren Kommentar abzugeben

[Einloggen für Blick.ch-User](#)

Username

Passwort

[Passwort vergessen?](#)
[Registrieren](#)

[Einloggen mit Facebook](#)

Wenn Sie ein Konto bei Facebook haben, können Sie sich damit anmelden



Das sagen Blick.ch-Leser

HANS-PETER SUTTER, BUCHS - 19:29 | 07.12.2009

» Schaffen wir die direkte Demokratie doch gleich ab und lassen die Rechtsverdreher unser Land regieren. sie tun's ja ohnehin schon: siehe de facto Einführung des Rechts auf Einbürgerung, das uns noch ziemliches Bauchweh verursachen wird.

MIRIAM N, BERN - 17:12 | 07.12.2009

» @ Roman Hasler, Nein ich lasse mir nicht reinreden, aber es gibt nebst den vielen Verboten und Gesetzen in der Schweiz immer noch Rechte (zum Glück!). Unter anderem auch die Menschenrechte welche unser Land vor Jahren akzeptiert und ratifiziert hat. Und diese Völkerrechte stehen nach wie vor über den nationalen Rechten. Also sollten wir uns daran halten. Das Problem Islamisierung muss angegangen werden, keine Frage. Aber der Weg den wir jetzt eingeschlagen haben ist bestimmt nicht der richtige

TOM SCHWEIZER, BEINWIL - 16:58 | 07.12.2009

» Es wäre höchste Zeit, einen Toleranzartikel in die Verfassung aufzunehmen. Dieser sollte dazu dienen, endlich mehr Toleranz aufzubringen. Und zwar gegenüber UNS SCHWEIZERN!!!

LINK PLUS, BERN - 16:42 | 07.12.2009

» Ein Mehrheitsentscheid, der die Grundrechte der anderen verletzt oder einschränkt, kann nicht demokratisch sein. Schlussendlich gab es auch Diktatoren, die fast das ganze Volk hinter sich hatten. War es auch demokratisch? Viel wichtiger ist der Begriff Rechtsstaat, der auch die Rechte der Minderheiten schützt und dafür sorgt, dass alle Spielregeln eingehalten werden. Der Rechtsstaat ist strikt säkularistisch und darf keine Gemeinschaft zum Nachteil der anderen begünstigen.

MIRIAM N, BERN - 16:23 | 07.12.2009

» @ Hugo Ehrismann, Ich bin ebenfalls gebürtige Schweizerin und stolz auf unsere Demokratie. Aber ich finde, was zu Abstimmung gebracht wird muss (für denn Fall dass es angenommen wird) Hand und Fuss haben und wirklich durchdacht sein. Es kann doch nicht sein, dass über etwas abgestimmt wird, was sowieso nicht durchgesetzt werden kann weil es gegen unsere Rechte (Ja, die gibts auch noch) verstosst. Viel Unruhe in unserem Land für gar nichts! Und die Linken sollen das jetzt bitte nicht nachmachen.

Seite 1 von 14